Einzelnummer 10 Pfennig

Spandauer Zeitung

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Pf. und 5 Pfennig für Botenlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 2 Mark ausschl. Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Stückrath & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno H. Jahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Eschenbach, für Anzeigen Bruno H. R. Sander, beide Spandau

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft — für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Festtage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neuendorfer Straße 101. Fernruf: Alle Anschlüsse unter Sammel-Nummer 4071.

Regelmäßige Beilagen:
Wöchentlich: „Spand. Illustr. Zeitung" — „Spand. Roman Zeitung" — „Die Frau und ihre Welt" — „Der Kleinsiedler" 14 täglich: „Techn. Rundschau". „Film". „Reise u. Verkehr".

Anzeigenpreise: Die zehngespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 36 Pf., die dreigespaltene Textzeile 1,80 Mk. Die Beilagengebühr beträgt 20 Mk. für das Tausend, die Offertengebühr 30 Pf. — Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen wird keine Gewähr übernommen. — Bankkonten: Darmstädter und Nationalbank, Depositen-Kasse Spandau, Internationale Handelsbank Spandau, Spandauer Bank, e. G. m. b. H., Spandau. — Postscheck-Konto: Berlin NW. 7 Nr. 1707.

Nummer 71.★ — **Mittwoch, 25. März 1931.** — **38. Jahrgang.**

Störungswellen.

Auch wenn nicht der Blitzstrahl des deutsch-österreichischen Zollvereins über Europa aufgezuckt wäre, säßen gegenwärtig die Außenminister in Paris zusammen. Mit großen Erwartungen sah man der Pariser Konferenz des europäischen Studienausschusses entgegen. Wichtige Fragen der Zukunft sollten hier geklärt werden. Inzwischen sind die großen politischen Fragen längst verblaßt vor der unabänderlichen Tatsache der deutsch-österreichischen Wirtschaftsverständigung. Das Wiener Protokoll wird das Tagesgespräch sein unter den Diplomaten, die sich dort in Paris um Briand und Henderson drängen.

Alle kamen sie mit umwölkter Stirn nach Paris: der englische Außenminister Henderson, der sich bei der Abfahrt aus London gereizt und verärgert über den deutsch-österreichischen Zollvertrag äußerte, der Tscheche Benesch, der sich und seinen Staat bereits in der eisernen Umklammerung ersticken sieht, schließlich auch Briand selbst, den noch am Vortage der französische Ministerrat beauftragte, alles zu tun, „um die Achtung vor den bestehenden Verträgen zu sichern." An der harten Nuß des Wiener Protokolls werden die Außenminister zu beißen haben. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß insbesondere die Tschechoslowakei durch ihren Außenminister Benesch alles versuchen wird, um einen Widerstand Westeuropas gegen die Verwirklichung des deutsch-österreichischen Zollvereins zu organisieren. Wenig verfing bei ihm bisher die ausdrückliche Versicherung des Wiener Protokolls, daß auch andere europäische Staaten sich dem Zollverein anschließen könnten. Benesch steht unter dem Druck der aufgescheuchten tschechischen Presse, die im schönsten Fortissimo von der „Gefahr des sich vorbereitenden Anschlusses an Deutschland" spricht. Die Scharfmacher jenseits der Sudeten wollen Briand und Henderson einreden, daß es sich hier um eine Vereinbarung handelt, die nach den Auffassungen der Genfer Wirtschaftskonferenz als unzulässig erklärt werden muß.

Gerade bei dieser ersten Aeußerung einer aktiven deutschen Außenpolitik hat es wenig Sinn, Vogel-Strauß-Politik zu treiben. Das Stimmengewirr in den europäischen Hauptstädten kann uns nicht irre machen darin, daß wir einen ersten Schritt zur Verwirklichung der europäischen Gemeinschaft gemacht haben. Wenig Wert hätte es aber, die Stimmen der Völker zu überhören. Wir leben ja nicht auf einer ozeanischen Insel, daß es uns gleichgültig sein könnte, was unsere Nachbarn über unsere Politik denken. Vielfältig verflochten sind wir in die europäische Völkergemeinschaft. Gewiß: das Recht, eine aktive Außenpolitik zu treiben, kann man uns nicht nehmen. Einen Widerspruch des Wiener Protokolls mit den Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint Germain und mit dem österreichischen Anleihevertrag vom Jahre 1922 kann man wohl konstruieren, aber juristisch nicht beweisen. Der Hinweis ist hier wohl am Platze, daß inzwischen auch die Genfer Völkerbundsjuristen für die Rechtsgültigkeit des Wiener Protokolls eingetreten sind. Gegen den Wortlaut des Vertrages wird man mit juristischen Einwänden nicht ankämpfen können, wohl aber mit politischen Imponderabilien. In London spricht man verärgert von einer „Störung der politischen Atmosphäre". Henderson sieht in dem Abschluß des Zollvereins eine Störung seiner eigenen politischen Arbeit. Man trägt es der deutschen Regierung nach, daß sie Europa vor eine vollendete Tatsache gestellt habe. Trotz der „wirtschaftlichen Sprache" des Wiener Protokolls befürchtet man auch hier, daß es den völkerrechtlich untersagten Zusammenschluß von Deutschland und Oesterreich vorbereite.

Wenn solche Befürchtungen schon am grünen Tisch geäußert werden, dann braucht man sich über die entrüstete Sprache der Presse nicht zu wundern. Selbst Zeitungen, die sich bisher für die europäische Annäherung einsetzten, tuten in das Horn der Entrüsteten. Im Grunde billigt man allgemein das, was der „Temps" dieser Tage wutschnaubend schrieb: Der wirtschaftliche Zusammenschluß sei der Auftakt zum politischen, und es handele sich um ein großes politisches deutsches Unternehmen mit der Absicht, Zentraleuropa unter Deutschlands Fuchtel zu bringen. Die verhinderten Paneuropäer, die nach einer französisch-englischen Entente cordiale auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz schreien, haben Oberwasser. Im Chor der Völker hört man nur wenige Stimmen, die sich für den deutsch-österreichischen Zollverein einsetzen. Man kann es daher nur bedauern, daß Reichsaußenminister Dr. Curtius, der Vater des Zollvereins, sich nicht persönlich nach Paris bemüht hat, um die auftauchenden Bedenken zu zerstreuen.

Es wird nun an den verantwortlichen deutschen Führern liegen, das Mißtrauen, das sich draußen in der Welt neu regt, zu beseitigen. **Der Nachweis kann nicht so schwer fallen, daß der deutsch-österreichische Zollverein ein Schritt auf dem Wege zu Paneuropa ist, nicht aber — Paneuropadämmerung.**

Benesch protestiert.

Prag, 25. März. Der tschechische Außenminister Dr. Benesch empfing gestern die Vertreter der Presse, um ihnen in großen Zügen seine Stellungnahme zum Wiener Zollpakt zu umreißen, die er am Donnerstag im Außenausschuß ausführlich begründen wird. Der erste Vorwurf im Ausland, der gegen Wien und Berlin erhoben wurde, war, daß man die Welt so ahnungslos ließ und sie mit der vollendeten Tatsache überraschte. Von diesem Vorwurf reinigt Dr. Benesch die deutsche und die österreichische Regierung, indem er erklärte, er sei gar nicht überrascht worden, sondern sei ganz gut unterrichtet gewesen, nur amtlich habe er nichts gewußt. Da er keine amtliche Kenntnis von den Verhandlungen hatte, habe er auch in der Pressekonferenz die Begegnung zwischen Schober und Dr. Curtius in Wien als harmlos hinstellen müssen. Der deutsch-österreichische Vertrag müsse von der Tschechoslowakei unbedingt zurückgewiesen werden, und der deutsch-österreichische Zollplan werde nicht nur bei den Staaten der Kleinen Entente, sondern auch international auf große Schwierigkeiten stoßen. Dr. Benesch gab zu, daß er selbst über Regionalverträge verhandelt, nur keinen Erfolg gehabt habe. Deshalb steht er auf dem Standpunkt, daß solche Uebereinkommen nur zwischen Staaten gleicher Machtstellung abgeschlossen werden könnten.

Er vertritt weiter die Auffassung, daß die Zollvereinsabsichten Deutschlands und Oesterreichs gegen den Vertrag von St. Germain und gegen das Genfer Sanierungsprotokoll von 1922 verstoßen. Nach seinem Eindruck werde der Vertrag weder von den kleinen noch von den großen Staaten gebilligt werden. Fest stehe die ablehnende Haltung Frankreichs und Italiens (?), Rumäniens und Südslawiens. Die Haltung Italiens sei ihm aus den letzten Besprechungen mit dem italienischen Außenminister bekannt. England würde sich wohl mit Frankreich solidarisch erklären. Benesch erhofft, die Solidarität als Ergebnis der Pariser Besprechungen zwischen Briand und Henderson.

Die Tschechoslowakei werde abwarten. Er persönlich sei der Meinung, daß nichts so heiß gegessen werde, wie es gekocht wird. Aus dem bekannten Gegensatz Seipel-Schober — Seipel soll gegen den Vertrag sein, weil man ihn vorher nicht befragt habe — schließt Benesch, daß der Plan mit Oesterreich selbst inneren Schwierigkeiten begegnet, und es habe den Anschein, als ob Oesterreich sich bereits damit vertraut mache, den Plan aufzugeben.

Heute dürfe man die ganze Sache noch nicht überschätzen; sie könne allerdings in einigen Jahren sehr ernst werden, wenn Deutschland wirtschaftlich erstarkt sein sollte. Für diese Zeit müsse die tschechische Außenpolitik rüsten und einen Gegenposten schaffen. Er griff zurück auf seine Bemühungen, die Kleine Entente zu einem wirtschaftlichen Verband auszubauen, die an den Schwierigkeiten der Agrarpolitik gescheitert seien. Die Bestrebungen in dieser Richtung müßten jetzt in verschärftem Tempo fortgesetzt werden, denn die künftige Wirtschaftspolitik sei eine Schicksalsfrage für die Tschechoslowakei.

Ergebnisloser Schritt des tschechischen Gesandten in Bukarest.

Bukarest, 25. März. Der franzosenfreundliche Teil der rumänischen Presse begann gestern in großem Ausmaß gegen das deutsch-österreichische Zollabkommen Sturm zu laufen und versucht, die Angelegenheit auf politisches Gebiet zu schieben. Der tschechische Gesandte sprach erneut im Bukarester Außenamt vor und versuchte, Rumänien zum Anschluß an eine Aktion der kleinen Entente zu bewegen. Außenminister Mironescu antwortete ablehnend. Dies wird darauf zurückgeführt, daß zwischen Rumänien und Frankreich über diese Angelegenheit noch keine Fühlungnahme erfolgt ist.

Das Abkommen der südslawischen Regierung mitgeteilt.

Belgrad, 25. März. Der Abschluß des Vorvertrages für das deutsch-österreichische Zollabkommen wurde Montag abend durch den deutschen Geschäftsträger Dr. Windecker dem Gehilfen des südslawischen Außenministers Fotitsch mitgeteilt und von diesem zur Kenntnis genommen.

Die gestrige Unterredung Briand—Henderson.

Paris, 25. März. Der „Petit Parisien" will zu der gestrigen Unterredung Briand-Henderson berichten können, daß man englischerseits hinsichtlich des österreichisch-deutschen Zollabkommens nicht allzu eilig vorzugehen wünsche oder wenigstens erst einmal genau den Text des Dokuments prüfen wolle. Da die gleiche Ansicht auch in Rom vorherrsche und der französische Gesandte in Prag, Roux, nach Paris unterwegs sei, um die französische Regierung über die Auffassung der tschechoslowakischen Regierung zu unterrichten, könne man annehmen, daß noch mehrere Tage vergehen werden, bevor die Mächte, die die österreichische Anleihe organisiert hätten, einen gemeinsamen Standpunkt einnehmen.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" beschäftigt sich mit der Stellung, die man dem österreichisch-deutschen Zollabkommen gegenüber einnehmen werde, und faßt seine Ansicht dahin zusammen, in Frankreich und in der Tschechoslowakei begreife die öffentliche Meinung im großen und ganzen, was auf dem Spiele stehe, nämlich die Reorganisierung Mitteleuropas durch Deutschland. Dr. Curtius und Dr. Schober hätten ohne Zweifel damit gerechnet, daß ein Sturm losbrechen würde. Sie stellten jedoch nur ein leichtes Säuseln in den Zweigen fest. Henderson habe im Juni 1929 einen Artikel zugunsten der Revision der Verträge und des Anschlusses veröffentlicht. Sobald die Juristen die Prüfung der Texte abgeschlossen hätten, würde das englische Kabinett über die Maßnahmen und Schritte beraten, die im Einvernehmen mit den interessierten Mächten zu unternehmen seien.

Der rechtssoziale Abgeordnete Chambrun sprach gestern in Toulon über die europäische Föderation und führte dabei aus: Weil man Cannes zum Scheitern gebracht hatte, machte man Rapallo möglich. Weil man die Wirtschaftskonferenz scheitern ließ, haben Deutschland und Oesterreich den Zollanschluß vollziehen können, der die Nationalisten so sehr erschreckt. Das österreichisch-deutsche Abkommen erscheint mir unvermeidlich und, weit davon entfernt, es als eine Anomalie anzusehen, betrachte ich es als ein Vorspiel. Möge dieses Beispiel befolgt und mögen weitere Wirtschaftsfusionen abgeschlossen werden. Das ist die Bedingung für die europäische Föderation.

Abschluß der Haushaltsberatungen im Reichstage.

Berlin, 25. März. (WDZ.) Der Reichstag setzt heute zunächst die zweite Beratung der Osthilfegesetze fort. Auch die dritte Lesung steht schon mit auf der Tagesordnung. Ferner soll das Waffenmißbrauchgesetz endgültig verabschiedet werden. Dann wird die dritte Beratung des Gesamthaushaltes und des Ergänzungshaushaltes zu Ende geführt, und die Abstimmungen darüber werden vorgenommen werden. Schließlich ist noch über die Anträge zum Schenkervertrag zu entscheiden. Als letzter Punkt steht die im Handelspolitischen Ausschuß gestern abgeänderte Zollvorlage auf der Tagesordnung. Einige Finanzfragen sind noch nicht völlig geklärt. Finanzminister Dietrich wird, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, am Nachmittag noch eine Besprechung mit den Parteiführern über diese Fragen haben

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei, die gestern an der Sitzung des Reichsausschusses ihrer Partei teilgenommen hatte, hielt heute vormittag eine Fraktionssitzung ab.

Einige Ausschüsse hielten gleichfalls noch vor der Reichstagssitzung Beratungen ab. Der Steuerausschuß beriet über die Ausdehnung der Entschädigungen für das Tabakgewerbe, der Haushaltsausschuß über die Verstärkung der Mittel für das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, die durch die Novelle zum Aufsichtsgesetz notwendig werden.

Brotunruhen in Spanien.

Cordoba, 25. März. Arbeitslose nahmen aus den Ständen auf einem der Märkte und aus mehreren Bäckereien alle Lebensmittel fort. Als sie ihren Versuch auf einem zweiten Marktplatz wiederholen wollten, griff die Polizei ein. Es kam zu einem Kampfe, bei dem die Schutzleute von Säbel und Revolver Gebrauch machten. Mehrere Arbeiter wurden verletzt, andere festgenommen.

Wieder eine Revolution in Peru.

London, 25. März. Aus New York wird gemeldet, daß in Peru eine neue Revolution ausgebrochen ist. In Santa Catarina brach eine Revolte unter den dort in Baracken untergebrachten Truppen aus. Regierungstruppen umzingelten die Baracken und nahmen sie unter Feuer. Dabei wurden vierzig Soldaten getötet. Nach vierstündigem Kampfe ergaben sich die revoltierenden Truppen.

Zusammenstöße in Kaunpur.

Kaunpur, 25. März. Im Anschluß an die Protestkundgebungen gegen die Hinrichtung der drei Verschwörer in Lahur kam es hier zu blutigen Zusammenstößen, bei denen nach den bisherigen Feststellungen neunzehn Personen getötet und fünfzig verletzt wurden. Tempel und Moschee wurden angegriffen, Läden geplündert und Steine gegen die Paßämter und Gerichte geschleudert. Der Geschäftsverkehr ruht. Die Lage ist ernst. Gestern abend war das Betreten der Straßen von einer bestimmten Stunde ab verboten.